

8. Anträge mit Beschlussempfehlung

Gemäß § 4 des Unterbezirksstatuts beruft der Unterbezirksvorstand mindestens 4 Mitglieder in die Antragskommission. Es liegen folgende Anträge mit Beschlussempfehlung vor:

	Antragsteller	Kurzbezeichnung	Beschlussempfehlung der Antragskommission	Seite
A1	SPD Unterbezirksvorstand Hameln-Pyrmont	Rüdiger-Butte Berufsbildungszentrum	Annahme und Weiterleitung an die SPD Kreistagsfraktion Hameln-Pyrmont	108
A2	SPD Unterbezirksvorstand Hameln-Pyrmont	SPD: Volkspartei sein – Volkspartei bleiben!	Annahme und Weiterleitung an den Bezirksparteitag	109
A3	Juso AG Hameln-Pyrmont	Gestern, heute, morgen – für eine zeitgemäße Kommunalpolitik -JETZT!	Annahme und Weiterleitung an die SPD Fraktionen im SPD Unterbezirk Hameln- Pyrmont	111
A4	Juso AG Hameln-Pyrmont	Möglichkeit zur Teilhabe – für ALLE	Annahme und Weiterleitung an den Bezirksparteitag	112
A5	Juso AG Hameln-Pyrmont	(Keine) Zeit für das Ehenamt? – Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht uns alle etwas an	Annahme und Weiterleitung an die SPD Fraktionen im SPD Unterbezirk Hameln- Pyrmont	113
A6	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Unterbezirk Hameln-Pyrmont	Sitzungstermine in politischen Gremien	Erledigt durch Annahme des Antrages A5	115
A7	SPD Unterbezirksvorstand Hameln-Pyrmont	Bezahlbaren Wohnraum schaffen	Annahme und Weiterleitung an die SPD Fraktionen im SPD Unterbezirk Hameln- Pyrmont	117
A8	Juso AG Hameln-Pyrmont	Eine blühende Zukunft für Hameln-Pyrmont – Blühpflanzenprogramme im ganzen Landkreis	Annahme und Weiterleitung an die SPD Fraktionen im SPD Unterbezirk Hameln- Pyrmont	118
A9	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Unterbezirk Hameln-Pyrmont	Quote für Wahlgesetze	Annahme in geänderter Form und Weiterleitung an die Arbeitsgruppe des SPD Landesvorstandes / der SPD Landtagsfraktion sowie an den Parteivorstand	119

A10	SPD Ortsverein Sonnentäl	Grundrente nicht ohne eine minimale Bedürftigkeitsprüfung verabschieden	Ablehnung	122
A11	Juso AG Hameln-Pyrmont	Delegierten-Mandate stärken	Weiterleitung als Material an den SPD Unterbezirksvorstand Hameln-Pyrmont	124
A12	Juso AG Hameln-Pyrmont	gelebter Feminismus	Weiterleitung als Material an den SPD Unterbezirksvorstand mit der Maßgabe eine Veranstaltung durchzuführen, die einen Maßnahmenkatalog entwickeln soll.	125
A13	Arbeitsgemeinschaft für Bildung im Unterbezirk Hameln-Pyrmont	Durchsetzung des Elternwillens zur Beschulung ihrer Kinder an einem IGS-System	Weiterleitung als Material an die SPD Kreistagsfraktion sowie die SPD Stadtratsfraktionen Hameln und Bad Pyrmont	131
A14	Arbeitsgemeinschaft für Bildung im Unterbezirk Hameln-Pyrmont	Kinderrechte ins Grundgesetz	Annahme in geänderter Form	133
A15	SPD Ortsverein Bad Münder Deister-Süntel	Doppelverbeitragung bei Beziehen von Betriebsrenten abschaffen	Annahme und Weiterleitung an den SPD Bezirksparteitag sowie die SPD Bundestagsfraktion	134
A16	SPD Ortsverein Bad Münder Deister-Süntel	verbesserte Kommunikation	Weiterleitun an die organisationspolitische Kommission des SPD Parteivorstandes	135

8.1. Antrag A1 – Rüdiger-Butte Berufsbildungszentrum

Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Rüdiger-Butte Berufsbildungszentrum

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Handelslehranstalt Hameln soll zukünftig den Namen Rüdiger-Butte Bildungszentrum tragen.

Begründung:

Die Handelslehranstalt Hameln ist eine berufsbildende Schule in Trägerschaft des Landkreises Hameln-Pyrmont. Sie ist das regionale Kompetenzzentrum für Bildungsgänge des Berufsfeldes „Wirtschaft und Verwaltung“ sowie einiger Berufe aus dem Berufsfeld „Gesundheit“. Seit mehr als 150 Jahren steht sie in der Tradition guter Ausbildung und Kooperation mit allen Partnern der beruflichen Bildung im Weserbergland.

Zu seinen Amtszeiten war unser Landrat Rüdiger Butte ein starker Verfechter bester Bildungschancen für alle Kinder. Für die Kitas und Schulen engagierte er sich ebenso wie für die bestmögliche berufliche Qualifikation junger Menschen.

Leider hat ein irregeleiteter Attentäter dem Leben und Schaffen unseres verdienstvollen Landrates am 26. April 2013 ein jähes Ende gesetzt. Noch heute sind wir fassungslos ob dieser Tat. In vieler Hinsicht hat Rüdiger Buttes Arbeit weit über seinen Tod hinaus der Politik in Hameln Pyrmont Richtung und Orientierung gegeben.

Es ist deshalb angezeigt, nun auch seinen Namen offiziell mit einer Aufgabenstellung zu verbinden, die ihm besonders am Herzen lag.

Alle drei berufsbildenden Schulen des Landkreises ragen in ihrer Qualität weit über das normale Maß hinaus und ehren damit ihre Namensgeber. Es ist Zeit, dass neben Eugen Reintjes und Elisabeth Selbert nun auch Rüdiger Butte als Namensgeber der dritten Schule seinen Platz als Vorbild für Kollegium, Schüler und Schülerinnen bekommt.

Votum der Antragskommission:

Annahme und Weiterleitung an die SPD Kreistagsfraktion Hameln-Pyrmont

8.2. Antrag A2 – SPD: Volkspartei sein – Volkspartei bleiben

Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

SPD: Volkspartei sein – Volkspartei bleiben!

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Bezirksparteitag fordert den Landesvorstand der SPD Niedersachsen dazu auf, zügig eine Arbeitsgruppe zur Analyse, Be- und Aufarbeitung von Hemmnissen für innerparteiliches Engagement mit dem Ziel der Erarbeitung von konkreten Verbesserungsvorschlägen für die innerparteiliche Arbeit einzusetzen.

Mit dieser Maßnahme soll erreicht werden, innerparteiliches Engagement für alle, insbesondere für junge Menschen, leichter möglich beziehungsweise attraktiver zu machen. Schwerpunkte für die Arbeit der Arbeitsgruppe können dabei zum Beispiel sein:

- Vereinbarkeit von Ausbildung, Studium und/oder Beruf, Familie und partei- sowie kommunalpolitischem Engagement
- Bereitstellung einer zuverlässigen Kinderbetreuung bei Parteiveranstaltungen
- Rücksichtnahme bei der Terminierung von Sitzungen und Veranstaltungen
- Digitalisierte Gremienarbeit bzw. Teilhabe durch Möglichkeiten der Digitalisierung
- Senkung des zeitlichen Aufwands durch effiziente Regelungen zu Vorbesprechungen und der Anzahl von Ausschüssen und Arbeitskreisen auf kommunaler Ebene
- Quotierungen, welche der Vielfalt innerhalb der Partei dienlich sind und der Komplexität des Wahlsystems gerecht werden
- Umfassende Unterstützung von potenziellen Nachwuchskräften
- Maßnahmen zur Steigerung der Mitgliederbeteiligung, insbesondere Aktivierung von jüngeren und neuen Mitgliedern
- Parteiliche Informationsarbeit zu bereits bestehenden gesetzlichen Freistellungsregelungen für das kommunalpolitische Mandat

Die einzurichtende Arbeitsgruppe soll in ihrer Zusammensetzung dabei die Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit der Mitgliederschaft widerspiegeln.

Zudem soll die einzurichtende Arbeitsgruppe ihre Arbeit zügig aufnehmen um so noch zur kommenden Kommunalwahl 2021 verwertbare und umsetzbare Verbesserungsvorschläge für die innerparteiliche Arbeit in den Gremien und Fraktionen der SPD vorzulegen.

Begründung:

Die SPD ist vor mehr als 150 Jahren aus der Mitte der Gesellschaft heraus entstanden. Heute eröffnet sie als vielseitige, bunte und inhaltlich wie personell breit aufgestellte Partei nahezu allen mit Interesse an Politik auf verschiedenste Art und Weise Teilhabe-möglichkeiten. Die SPD lädt zum Einmischen, aber auch zum Mitmachen ein. Als „Volkspartei“ in klassischem Sinne spiegelt unsere Partei unmittelbar eine vielfältige und bunte Gesellschaft in ihrer Mitgliederschaft aber auch in ihrer Wählerschaft ab. Diese Vielfalt geht uns gegenwärtig leider immer mehr verloren; das zeigt sowohl ein Blick auf die Wahlergebnisse der letzten Jahre, aber auch sinkende Mitgliedszahlen oder der kritische Blick in unsere Parteigremien und Fraktionen. Der demographische Wandel macht auch vor der SPD nicht halt. Dabei ist die SPD seit jeher Volkspartei und will auch Volkspartei bleiben! Diesem Anspruch auch zukünftig gerecht zu werden, fühlen wir uns verpflichtet. Die SPD muss Spiegelbild der Gesellschaft sein - nur so findet sie zu alter Stärke zurück.

Ein Problem wird in diesem Zuge immer deutlicher: *Die Arbeit in den Gremien und Fraktionen unserer Partei passen nicht mehr zur Lebenswirklichkeit vieler unserer Genossinnen und Genossen!*

Unser Ziel muss daher sein, die Arbeit in den Parteigremien und Fraktionen der SPD an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen!

Die SPD muss offen sein für jede und jeden, der sich für sie und in ihr engagieren möchte! Wir müssen uns fragen, wie wir uns aufstellen müssen, um diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich in der SPD aktiv einzubringen. Die Genossinnen und Genossen vor Ort sind das Gesicht unserer Partei. Bei der Bewältigung der heute auftretenden Herausforderungen für (partei-)politisches Engagement müssen wir als Partei aus eigenem Interesse heraus und mit Blick auf die Zukunft der SPD gerade unsere jüngeren Parteimitglieder stärker unterstützen!

Das Gewinnen von politischem Nachwuchs ist sowohl für Politik insgesamt, aber auch für unsere Partei eine wesentliche Zukunftsaufgabe. Dafür bedarf es einer nachhaltigen, umsichtigen und rücksichtsvollen Mitglieder- und Personalentwicklung. Forderungen nach einer jüngeren, weiblicheren und vielfältigeren SPD müssen einhergehen mit strukturellen Verbesserungen für das (partei-) politische Engagement jener Gruppen. Dabei müssen sowohl Mitglieder mit langjähriger Erfahrung, aber auch Neumitglieder aktiv in den dringend nötigen Erneuerungsprozess einbezogen werden.

Eine Partei, deren Mitglieder einerseits sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger andererseits einen Querschnitt der Gesellschaft abbilden, profitiert von den vielfältigen Perspektiven auf sämtliche politische Sachverhalte. Mit einer breiten und bunten, der Vielfalt in der Zivilgesellschaft gerecht werdenden, personellen wie inhaltlichen Aufstellung wird die SPD wieder an Attraktivität bei Wählerinnen und Wähler gewinnen sowie durch verbesserte, innerparteiliche Teilhabemöglichkeiten die Demokratie insgesamt stärken!

Votum der Antragskommission:

Annahme und Weiterleitung an den Bezirksparteitag

8.3. Antrag A3 – Gestern, heute, morgen – für eine zeitgemäße Kommunalpolitik

Antragsteller: Jusos Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Gestern, heute, morgen – für eine zeitgemäße Kommunalpolitik – JETZT!

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont fordern alle SPD Gliederungen, die in den Stadt- und Gemeinderäten, wie auch im Kreistag vertreten sind, auf, öffentliche Sitzungen auch wirklich öffentlich zu gestalten. Dementsprechend sollen in den kommunalen Parlamenten alle öffentlichen Sitzungen sowie Fachausschusssitzungen barrierefrei per Livestream im Internet übertragen werden. Des Weiteren soll es ein digitales Archiv geben, welches die Sitzungsstreams speichert und diese jederzeit abrufbar macht.

Begründung:

Durch entsprechende Livestreams wird die Kommunalpolitik bürger*innennah gestaltet, da Interessierte Sitzungen barrierefrei und von Zuhause aus verfolgen oder zu einem späteren Zeitpunkt ansehen können. Kommunalpolitische Debatten werden damit zusätzlich nachvollziehbarer und der gesamte politische Meinungsbildungsprozess für den/die einzelne/n Bürger*in transparenter. Vor allem Eltern und berufstätige Bürger*innen bekommen die Möglichkeit, die Sitzungen verfolgen zu können. Der Kreis der Zuschauer*innen kann somit vergrößert und das Verständnis für Kommunalpolitik gesteigert werden. Ein exemplarisches Beispiel hierfür ist die Stadt Bonn, die ihre Zuschauer*innenzahl bei öffentlichen Sitzungen durch einen Livestream deutlich gesteigert hat. Auch andere Städte und Gemeinden haben sich dem Vorhaben bereits angenommen und können als Orientierungsgrundlage zur konkreten Realisierung (techn. Umsetzung, Geschäftsordnung, Datenschutz etc.) dienen.

Darüber hinaus stellt diese Möglichkeit eine gute Ergänzung zum bestehenden Ratsinformationssystem dar und bietet zukunftsorientiert die Chance, das Interesse an der Kommunalpolitik zu steigern und für verstärkte Mitarbeit und ehrenamtliches Engagement zu werben.

Die benötigte Hardware befindet sich oftmals schon vor Ort in den Rathäusern bzw. Kreishäusern, sie wird meist nur nicht für solche Zwecke genutzt. Die Ratsinformationssysteme sind mittlerweile beliebig erweiterbar durch ein solches Modul, wie das hier geforderte „digitale Archiv“.

Votum der Antragskommission:

Annahme und Weiterleitung an die SPD Fraktionen im SPD Unterbezirk Hameln-Pyrmont

8.4. Antrag A4 – Möglichkeit zur Teilhabe – für ALLE

Antragsteller: Jusos Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Möglichkeit zur Teilhabe – für ALLE

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont beschließt, dass die vollständige Barrierefreiheit bei sämtlichen Sitzungen der SPD Gliederungen im Unterbezirk Hameln-Pyrmont in Zukunft gegeben ist. Die barrierefreie Gestaltung soll so vorgenommen werden, dass Menschen mit motorischen, sensorischen als auch mit kognitiven Beeinträchtigungen an der Parteiarbeit teilnehmen können. Da die vollständige Barrierefreiheit nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, fordern wir die Erstellung eines Konzeptes, durch das schrittweise die vollständige Barrierefreiheit erreicht werden kann. Der Leitfaden des SPD Bezirk Hannover kann hierbei Anwendung finden

Begründung:

Barrierefreiheit bedeutet für uns nicht nur, dass die Räumlichkeiten frei zugänglich für alle Menschen sind, sondern dass auch eine leichte Sprache in den Sitzungen verwendet wird. Wichtige Informationen müssen den Mitgliedern in leicht begreifbarer Form dargelegt werden. Auch seh- und hörgeschädigte Menschen sollen vollständigen Zugang zu den jeweiligen Sitzungsmaterialien erhalten können und nicht benachteiligt werden.

Uns ist bewusst, dass eine sofortige und ganzheitliche Herstellung der Barrierefreiheit schwierig ist. Dementsprechend soll schrittweise die Barrierefreiheit erreicht werden.

Votum der Antragskommission:

Annahme und Weiterleitung an den Bezirksparteitag

8.5. Antrag A5 – (Keine) Zeit für das Ehrenamt?

Antragsteller: Jusos Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

(Keine) Zeit für das Ehrenamt? – Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht uns alle etwas an

Die Jusos Hameln-Pyrmont fordern alle SPD Gliederungen, die in den Stadt- und Gemeinderäten, wie auch im Kreistag vertreten sind, auf, dass die ehrenamtliche Arbeit endlich für alle machbar gestaltet wird.

Das bedeutet für uns konkret:

- Die Sitzungszeiten der Gremien in den Stadt-, Gemeinde- und Ortsräten, sowie der Gremien im Kreistag, sollen so gestaltet sein, dass der/die Arbeitnehmer*in ihren/seinen Vollzeitjob trotz des ehrenamtlichen Engagements vollumfänglich ausüben kann. Wir fordern daher frühestens einen Sitzungsbeginn zur späten Nachmittagszeit.
- Die Teilhabe an jeweiligen Sitzungen soll offener und moderner gestaltet werden. Der Teilhabestandard soll sich an den Sitzungsstandard mittelständischer Unternehmen angleichen. Dementsprechend fordern wir, dass eine offizielle Teilnahme an Sitzungen durch Telefonschalte, Skype-Konferenz o.ä. ermöglicht wird und nicht nur und ausschließlich an persönlicher Präsenz gebunden ist.
- Außerdem fordern wir die Schaffung von Betreuungsangeboten für ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen.

Begründung:

In knapp zwei Jahren stehen wir wieder einmal vor der Herausforderung, die Listen für die bevorstehenden Kommunalwahlen mit Gesichtern und Namen zu füllen. Das Engagement innerhalb der Kommunalpolitik nimmt allerdings immer weiter ab. Die Gründe liegen oftmals in der nicht vorhandenen Attraktivität der Ausgestaltung dieses Ehrenamtes. Pendler*innen, die täglich zur Arbeit außerhalb ihres „Kommunalwahlkreises“ fahren, wird es schlichtweg nicht ermöglicht, ihren Vollzeitjob an Sitzungstagen vollumfänglich auszuüben. So sind sie meist dazu angehalten, ihren Arbeitsplatz eher als gewöhnlich zu verlassen, um pünktlich bei der Sitzung in der Heimat zu sein. Jede*r kennt dabei aber auch die Zeiten, in denen es mal wieder mehr zu tun gibt. Nicht immer möchte man dann die Kolleg*innen „im Stich lassen“, um dem Ehrenamt nachzugehen. Allerdings befindet man sich dann schnell im Zwiespalt: Kann ich mein Ehrenamt ausfüllen und pünktlich UND vor allem vorbereitet bei der Sitzung erscheinen oder möchte ich meine heutige Aufgabe am Arbeitsplatz noch zu Ende stellen? Hier wird mit zweierlei Maß gemessen! Beschäftigte sollten nicht dazu gezwungen werden, abzuwägen, was für sie nun wichtiger ist. Nach wie vor besteht zwar die Option, dass der zeitliche Ausfall am Arbeitsplatz durch Ausfallzahlungen beglichen wird, dennoch ist diese Begleichung mit einem viel zu hohen Aufwand verbunden, sodass Arbeitnehmer*innen oftmals ihr Überstundensaldo oder gar den Erholungsurlaub für das Ehrenamt verbrauchen.

Darüber hinaus wird es für Elternteile allgemein schwierig, sich für ein kommunales Mandat aufstellen zu lassen, da auch sie befürchten, es nicht zeitlich ausfüllen zu können. Dementsprechend ist die persönliche Präsenz an Sitzungen zukünftig aufzuweichen und andere Möglichkeiten der Teilnahme zu schaffen, um Kommunalpolitik endlich wieder attraktiv zu gestalten. Zusätzlich sollten Elternteile durch die Möglichkeit einer Kinderbetreuung bei Sitzungen, die persönliche Präsenz voraussetzen, entlastet werden.

Wir können nicht ständig die Verjüngung der Kommunalpolitik fordern, wenn diese immer noch auf einem altertümlichen Stand stehen geblieben ist. Wir müssen die ehrenamtliche Politik nun endlich attraktiver für die jüngeren Zielgruppen gestalten, um den Generationenwandel erfolgreich zu meistern.

Votum der Antragskommission:

Annahme und Weiterleitung an die SPD Fraktionen im SPD Unterbezirk Hameln-Pyrmont

8.6. Antrag A6 – Sitzungstermine in politischen Gremien

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Sitzungstermine

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Alle Mandatsträger in den politischen Gremien (Ortsrat, Gemeinderat, Stadtrat, Kreistag) arbeiten daraufhin, dass Sitzungstermine von allen Abgeordneten wahrgenommen werden können und nicht vor 18 Uhr beginnen.

Begründung:

Sitzungstermine und Arbeitskreise in den Vormittagsstunden oder frühen Nachmittagsstunden stellen Mandatsträger mit beruflichen und /oder familiären Verpflichtungen vor große Probleme. Unsere Partei setzt sich öffentlichkeitswirksam und erfolgreich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Aber leider ist es uns bisher nicht gelungen, auch die Vereinbarkeit von Familie- Beruf- Ehrenamt umzusetzen.

Kommunalpolitische Gremien müssen alle Bevölkerungsschichten abbilden und die Teilnahme aller gewährleisten- auch Teilhabe genannt.

Wir erwarten eine Solidarität untereinander und sehen darin keinen Generationenkonflikt oder einen Konflikt Frau -Mann

Votum der Antragskommission:

Erledigt durch Annahme des Antrages A5

8.7. Antrag A7 – Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Antragsteller: Unterbezirksvorstand

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktionen in den Kommunen werden aufgefordert, sich für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum einzusetzen. Hierfür sollen Umsetzungskonzepte erstellt werden, bei der auch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften mit eingebunden werden, um die Ermittlung des fehlenden Wohnraums professionell zu organisieren.

Im Rahmen der Umsetzungskonzepte sollen die Empfehlungen des vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz initiierten „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ umgesetzt und die notwendigen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Darüber hinaus soll die ausreichende und langfristige Finanzierung des Quartiersmanagements sichergestellt werden, damit die Maßnahmen im Bereich des Wohnungsbaus mit entsprechenden Projekten flankiert werden können, um attraktive Wohngebiete zu schaffen. Im Zuge der sozialen Wohnraumförderung soll zudem auch bezahlbarer Wohnraum für Studentinnen und Studenten geschaffen werden.

Die Umsetzungskonzepte für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sollen einer ständigen Veränderungskontrolle unterliegen und stetig fortgeschrieben werden.

Begründung:

Wohnen ist zu einer entscheidenden sozialen Frage unserer Zeit geworden und ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, zu einer der größten Herausforderungen der Politik. Nicht nur in den großen Städten, sondern auch in kleineren Städten und ländlichen Regionen haben immer mehr Menschen Probleme, für sie erschwingliche Wohnungen zu finden. Es steht fest, dass bezahlbarer Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten nicht ohne eine öffentliche Förderung geschaffen werden kann.

Vom Land Niedersachsen wurde aus diesem Grund ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik und der Wohnungswirtschaft gegründet, das Empfehlungen für die Schaffung von mehr günstigem Wohnraum erarbeitet. Der Landesregierung stehen derzeit jährlich 125 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung. Um bis zum Jahr 2030 den Bau von 40.000 neuen Sozialwohnungen zu fördern, sind auch Landesmittel zukünftig zur Verfügung zu stellen. In den Kommunen müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Der Bedarf daran ist dabei nicht nur in den großen Städten gegeben – auch wenn er hier aufgrund der in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Mieten besonders offensichtlich ist. Auch in ländlichen Regionen gibt es einen entsprechenden Bedarf. Dieser zeigt sich unter anderem im Bereich altersgerechter Wohnungen in integrierten Lagen oder im Bereich des betreuten Wohnens. Hier gibt es schon seit Jahren eine steigende Nachfrage. Ferner können bezahlbare und ansprechende Wohnungen gerade im ländlichen Bereich Menschen auf der Suche nach Wohnraum anziehen und so ein Impuls für eine Attraktivitätssteigerung sein.

Votum der Antragskommission:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Fraktionen im SPD Unterbezirk Hameln-Pyrmont

8.8. Antrag A8 – Eine blühende Zukunft / Blühpflanzenprogramme

Antragsteller: Jusos Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Eine blühende Zukunft für Hameln-Pyrmont – Blühpflanzenprogramme im ganzen Landkreis

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD im Unterbezirk Hameln-Pyrmont soll darauf hinwirken, dass sich die SPD im gesamten Landkreis für die Einführung von Blühpflanzenprogrammen einsetzt, mit denen die biologische Vielfalt im gesamten Kreisgebiet gefördert wird. Darüber hinaus wird die SPD-Kreistagsfraktion aufgefordert, ein solches Blühpflanzenprogramm für die vom Landkreis Hameln-Pyrmont bewirtschafteten Flächen zu beantragen. Diese Programme sollten folgende Aspekte berücksichtigen:

- Die Begrünung innerörtlicher kommunaler Grünflächen mit standortgerechten Blühpflanzenmischungen an fachlich sinnvollen Stellen
- Die Entwicklung von Blühstreifen in der freien Landschaft an Wege-Gehölz- und Gewässerrändern, die erst im Spätherbst gemäht werden oder wahlweise als Brachflächen ungenutzt bleiben
- Die Zusammenarbeit mit Pächtern kommunaler Flächen mit dem Ziel, auf die Pflanzung von Blühstreifen hinzuwirken
- Die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements durch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen, indem geeignete Saatgutmischungen kostenfrei an Bürger ausgegeben werden
- Die qualifizierte Beratung interessierter Bürgerinnen und Bürger durch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen

Begründung:

Der zunehmende Rückgang von Insekten stellt eine höchst besorgniserregende Entwicklung dar. Dies wirkt sich auf die gesamte biologische Vielfalt aus: Vögeln und Fledermäusen mangelt es an Nahrung und auch wirtschaftliche Auswirkungen durch weniger Bestäubung von Nutzpflanzen (z.B. Obstbäumen) sind nicht auszuschließen.

Kommunale Blühpflanzenprogramme schaffen neue Lebensräume für Insekten und können ihrem Rückgang damit entgegenwirken. Viele Städte und Gemeinden setzen sich in den letzten Jahren aktiv durch geeignete Maßnahmen für die Förderung der biologischen Vielfalt ein. Dem sollen die Kommunen im Landkreis Hameln-Pyrmont nicht nachstehen, indem bei der Bewirtschaftung sämtlicher kommunaler Flächen stets der Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt als Ziel im Vordergrund stehen soll.

Votum der Antragskommission:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Fraktionen im SPD Unterbezirk Hameln-Pyrmont

8.9. Antrag A9 – Quote für Wahlgesetze

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Quote für Wahlgesetze

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit Frauen* besetzt sein, um als demokratisch legitimiertes Organ der Gesetzgebung angemessen die Bevölkerung abzubilden. Nur so kann eine Repräsentation der Wähler*innen erreicht werden. Der SPD Unterbezirk Hameln-Pyrmont befürwortet die Umsetzung einer Parité-Gesetzgebung

Daher fordern wir, das Wahlrecht dahingehend zu ändern, dass eine entsprechende Zusammensetzung der Parlamente gewährleistet wird.

Alles ab Dazu fordern wir... soll als Material an die Arbeitsgruppe des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion sowie dem Parteivorstand weitergeleitet werden.

Dazu fordern wir als ersten wichtigen Schritt für die Bundestags- und Landtagswahlen:

1. Direktmandate werden wie bisher durch die Parteien aufgestellt und in direkter Wahl durch die Bürger*innen gewählt.
2. Sollten die von einer Partei errungenen Direktmandate mehrheitlich männlich besetzt sein, ziehen über die übrigen Listenplätze ausschließlich Frauen* in das Parlament ein, bis eine paritätische Besetzung von 50% erreicht ist.
3. Im Übrigen, falls also von einer Partei keine Direktmandate erzielt wurden oder für die weiteren Plätze nachdem eine Besetzung mit 50% Frauen* erreicht wurde, ziehen die Kandidat*innen der Liste im Reißverschlussverfahren ein.
4. Sofern keine weiteren Frauen* mehr auf der Liste stehen um die errungenen Plätze in diesem Verfahren zu besetzen, verfallen die übrigen Mandate einer Partei.

Für Kommunalwahlen sind durch die Länder entsprechende Regelungen, die eine Parität sicherstellen, zu verabschieden. Ebenso gilt dies für die Wahlen zum europäischen Parlament.

Begründung:

Wo stehen wir?

Es ist traurige Realität, dass wir auch 99 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen* noch immer keine geschlechtergerechte Besetzung der Parlamente, unserer Gesetzgebungsorgane, erreicht haben. Nicht nur sind wir von einem Frauen*anteil von 50%, wie er dem Anteil der Frauen* an der Wahlbevölkerung entsprechen würde, in Bundestag und Landtagen weit entfernt. Im Jahr 2017 hat sich der Frauen*anteil sowohl im Bundestag als auch im niedersächsischen Landtag sogar noch verringert.

Derzeit beträgt der Frauen*anteil der Bundestagsabgeordneten nur 31 %. Im letzten Bundestag, bis 2017, waren es immerhin 37,1 %. Zum Vergleich: 1990 lag der Frauen*anteil im Bundestag immernoch bei desaströsen 20,5 %, 1998 stieg er auf 30,9 %, während es 2002 mit 32,5% sogar mehr als heute waren.

Schaut man auf den Anstieg des Frauen*anteils der vergangenen Legislaturperioden wird klar, dass sich eine paritätische Besetzung des Parlaments auf absehbare Zeit nicht von alleine ergeben wird. Es handelt sich um keine Nachwehe des viel zu spät anerkannten Frauen*wahlrechts, sondern um ein strukturelles Problem der Politik. Und diese strukturelle Benachteiligung ist dort am stärksten ausgeprägt, wo es kein Gegengewicht durch verbindliche Frauen*quoten gibt. So ist der Frauen*anteil in den Fraktionen der Grünen, der Linken und der SPD mit jeweils über 40%, teilweise sogar über 50% nahezu ausgeglichen (Grüne: 58,2%; Linke: 53,6%; SPD: 41,8%). In jenen Parteien, die sich selber keine Quotierung für Wahllisten auferlegt haben, ist der Frauen*anteil dagegen deutlich schlechter oder auch so gut wie nicht existent (CDU: 19,9 %, FDP: 22,5 %; AFD: 10,8 %).

Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf den ebenfalls 2017 neu gewählten niedersächsischen Landtag. Hier beträgt der Frauen*anteil seit der Wahl sogar nur 27,7 %. Bis zur Wahl 2017 waren es hier dagegen noch 31,4% Frauen*. Der niedersächsische Landtag liegt damit sogar noch weiter jenseits einer gleichberechtigten Repräsentation der Bevölkerung als der Bundestag.

Wo wollen wir hin?

Eine gleichberechtigte Beteiligung im Parlament, nur das ist fair und nur das ist demokratisch. Wo Gesetze gemacht und Entscheidungen getroffen werden müssen Frauen* zu gleichen Teilen beteiligt werden. In unserer repräsentativen Demokratie muss die Bevölkerung einen effektiven Einfluss die Staatsorgane haben. Tatsächlich fehlt Frauen* dieser Einfluss jedoch, da sie im Parlament nicht repräsentativ vertreten sind. Ihre Interessen und Perspektiven bleiben im Wesentlichen unberücksichtigt.

Wenn aber 50 % der Bevölkerung in unseren Parlamenten nicht ausreichend vertreten sind, untergräbt das nicht nur die demokratische Legitimation dieser Institutionen, es heißt zugleich auch, dass die männliche Hälfte der Bevölkerung mit ihren Interessen und Vorstellungen überrepräsentiert sind. Bei allen Gleichstellungsdebatten in beruflichem oder familiärem Umfeld darf nicht ausgeblendet werden, dass es gerade die Politik ist, von der aus die Rahmenbedingungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens gesetzt werden. Gerade unserer Gesetzgebung darf daher die weibliche Perspektive nicht fehlen, gerade dadurch wird das patriarchale System, in dem nur Männer die Regeln machen, gestützt!

Es zeigt sich damit, dass das Patriarchat nicht nur zu einer männlichen Dominanz in der Wirtschafts- und Arbeitswelt führt, auch in der Politik besteht ein krasses Missverhältnis bei der Repräsentanz der Geschlechter. Selbst die EU-Kommission hat bereits 2013 ein solches Missverhältnis von Männern und Frauen* in der Wirtschaft wie auch in der Politik in vielen EU-Mitgliedsstaaten scharf kritisiert und als undemokratisch bewertet - und Maßnahmen von den Mitgliedern gefordert. In unseren Nachbarländern hat dies zum Teil bereits gefruchtet, dort wurden in Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und Griechenland mittlerweile Quoten-Regelungen für Wahlen eingeführt.

Wie kommen wir zum Ziel?

Die Männer werden die Positionen nicht freiwillig räumen um für mehr Frauen* in der Politik Platz zu machen. Nachdem 100 Jahre seit Einführung des Frauen*wahlrechts nicht genug Zeit waren, um Frauen* in der Politik angemessen zu berücksichtigen, wird sich das Problem nicht von allein lösen. Es handelt sich dabei um keine Einzelfälle oder individuelle Probleme von Frauen*, die benachteiligt werden – die Diskriminierung hat System. Deshalb braucht es klare Regelungen, die eine paritätische Teilhabe von Frauen* an der Politik sicherstellen – für alle Parteien. Nur so können bestehende Strukturen, die Frauen* von politischen Mandaten abhalten, aufgebrochen werden.

Eine verbindliche Quote für unsere Parlamente ist der einzige Weg, um Frauen* gleichberechtigt in politische Entscheidungen einzubinden; um sicherzustellen, dass die Interessen von Frauen* Gehör finden; und um eine lange überfällige Förderung von Frauen* in der Politik zu erreichen. Wir brauchen Vorbilder, die anderen Frauen* das Gefühl geben, den Schritt in die Politik wagen und dort etwas erreichen zu können. Wir müssen aber auch die Voraussetzungen politischen Engagements überdenken und Hindernisse verschiedenster Art abbauen, welche talentierte und qualifizierte Frauen* von politischen Ambitionen abhalten. Die Frauen*quote ist dafür nur ein erster Schritt, aber ein entscheidender. Gleichzeitig ist die Quote auch hier wie überall kein Selbstzweck, sondern soll letztendlich durch eine eigenständig funktionierende paritätische Besetzung der Parlamente überflüssig werden.

Ziel muss sein, dass nicht nur jene Fraktionen paritätisch besetzt sind, welche sich freiwillig und parteiintern eine Quote gegeben haben, sondern ALLE. Parteien, die eine entsprechende Berücksichtigung von Frauen* auf ihren Wahllisten nicht gewährleisten, muss als Konsequenz der Verlust von Parlamentssitzen drohen, um die Quotierung auch gegenüber jenen Parteien durchsetzen zu können, welche das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter an der politischen Entscheidungsfindung nicht teilen. Von demokratischer, gleichberechtigter Teilhabe kann sich keine Partei ausnehmen, sie muss unbedingte Voraussetzung für die Beteiligung in einem Parlament sein.

Votum der Antragskommission:

Annahme in geänderter Form (*Kursiv und Unterstrichen*) und Weiterleitung an die Arbeitsgruppe des SPD Landesvorstandes / der SPD Landtagsfraktion sowie an den Parteivorstand

8.10. Antrag A10 – Grundrente nicht ohne eine minimale Bedürftigkeitsprüfung

Antragsteller: SPD Ortsverein Sonnental

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Grundrente nicht ohne eine minimale Bedürftigkeitsprüfung verabschieden

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD möge beschließen, die ab 01.01.2021 geplante neue Grundrente (Respektrente) nicht ohne eine minimale Bedürftigkeitsprüfung zu verabschieden.

Begründung:

Es gehört zu den elementaren Grundlagen des Sozialrechts, denjenigen zu helfen, die es brauchen. Wer die Leistungen des Sozialstaates nicht benötigt, erhält diese auch nicht.

Von diesem elementaren Prinzip soll nun für die neue Grundrente (Respektrente) zum ersten Male abgewichen werden. Nach der Planung erhält jede Bürgerin / jeder Bürger nach 35 Jahren Pflichtbeiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung, inkl. Pflichtbeiträgen aus Kindererziehung oder Pflege, eine Erhöhung seiner gesetzlichen Rente auf bis zu 961,00 Euro monatlich, wenn seine eigenen Rentenansprüche 896,00Euro nicht erreichen. Die Nachfrage nach dem Einkommen des Ehegatten oder eigenem Vermögen unterbleibt. Es findet also keine Bedürftigkeitsprüfung statt.

Diese Regelung geht an der Realität vorbei. Zunächst sei klargestellt, dass allein lebende Personen Anspruch auf die neue Grundrente haben sollen, wenn sie weniger als 896,00 Euro laufende monatliche Einnahmen haben.

In dem Moment aber wo verheiratete Menschen in einer Lebensgemeinschaft leben, muss es zu einer gemeinsamen Betrachtung der laufenden monatlichen Einnahmen kommen. Bei einem Ehepaar mit gemeinsamen Einkünften von mehr als 1.792,00 Euro brutto (2 x 896,00 Euro) im Monat darf es nicht zu einer zusätzlichen Unterstützung durch die neue Grundrente kommen.

Das klassische Beispiel:

Ehemann, 40 Beitragsjahre in der Stahlindustrie, Automobilbau, Banken oder Versicherungen. Dieser Mann hat in der Realität eine gesetzliche Rente von etwa 1.800,00 Euro und Betriebsrentenansprüche von 600,00 Euro. Macht zusammen 2.400,00 Euro brutto pro Monat. Seine Ehefrau hat aus einer Teilzeitbeschäftigung als Einzelhandelsverkäuferin oder Arzthelferin eine monatliche Rente von 500,00 Euro. Das Familieneinkommen beträgt 2.900,00 Euro im Monat und würde nach den bisherigen Plänen der neuen Grundrente um 461,00 Euro auf 3.361,00 Euro steigen. Das darf nicht sein.

Die Bedürftigkeitsprüfung soll ausschließlich auf das laufende monatliche Einkommen aus Arbeitsgelt, Arbeitseinkommen und sonstigen lfd. Einkünften wie Renten abgestellt werden. Einkünfte aus Vermietung, Verpachtung oder angespartem Vermögen werden nicht angerechnet.

Sollte der Ehemann versterben und sich dadurch die Einkünfte verringern, findet natürlich eine Bedürftigkeitsprüfung statt.

Votum der Antragskommission:

Ablehnung

8.11. Antrag A11 – Delegierten-Mandate stärken

Antragsteller: Jusos Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Delegierten-Mandate stärken

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- zu folgenden Unterbezirksparteitagen kein vorrangiges Votum der Antragskommission zuzulassen. Es soll stets über den eigentlichen Antrag und nicht über das Votum der Antragskommission abgestimmt werden.
- Die Antragskommission bleibt als Gremium bestehen und hat die Aufgabe in Debatten Orientierung zu geben, Anträge auf ihre Zulässigkeit zu prüfen und Anträge zu ähnlichen Themen zusammenzufassen. Die Antragskommission kann zu Anträgen Änderungsvorschläge und Stellungnahmen abgeben, welche jedoch nicht vorrangig sind.
- Der SPD Unterbezirksvorstand wird aufgefordert gleichwertige Änderungen an der Antragskommission auf Bezirksebene anzustoßen.

Begründung:

Jeder Person, die ein Delegiertenmandat annimmt trauen wir zu eigenständig eine Meinung zu den gestellten Anträgen zu entwickeln. Ein Delegiertenmandat ist eine verantwortungsvolle Aufgabe und der Auftrag des entsendenden Gremiums dieses zu vertreten. Die Debatte vor dem Beschluss über den Antrag soll den Delegierten Orientierung geben. Das Bestehen einer Antragskommission birgt die Gefahr das auf den Ausgang des Beschlusses im Vorhinein Einfluss genommen wird. Darüber hinaus führt die Tatsache, dass über das Votum der Antragskommission und nicht über den Antrag selbst abgestimmt wird häufig zu Verwirrungen innerhalb der Konferenz. Insbesondere das Abstimmen über Änderungsanträge und das Votum der Antragskommission über diese führt häufig zu Irritationen.

Votum der Antragskommission:

Weiterleitung als Material an den SPD Unterbezirksvorstand Hameln-Pyrmont

8.12. Antrag A12 – Gelebter Feminismus

Antragsteller: Jusos Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Gelebter Feminismus

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft. Unsere Gesellschaft ist von einem hierarchischen Verhältnis zwischen den Geschlechtern geprägt. Dies äußert sich konkret in der strukturellen Unterordnung von Frauen* gegenüber Männern in vielen Lebensbereichen. Diese Unterordnung wird häufig als „natürliche“ biologische und kulturelle Gesellschaftsordnung erklärt. Gleichzeitig wird Frauen* im Patriarchat die Verantwortung für Reproduktionsarbeit zugeschrieben. Dieses führt zu einer ungerechten Machtverteilung in der Gesellschaft, in welcher die zentralen Machtpositionen von Männern dominiert werden.

Macht bedeutet die Möglichkeit der Einflussnahme auf bestimmte Prozesse. Je mehr Macht jemand hat, desto stärker kann diese Person in Prozesse eingreifen und sie bestimmen. Durch Macht kann aber auch das Verhalten von Menschen beeinflusst werden. Macht existiert somit auch jenseits von Posten und Positionen. Gerade diese Macht, die unabhängig von Posten und Positionen besteht, ist besonders schwer zu erkennen, zu definieren und gerecht zu verteilen.

Über die biologistischen und kulturalistischen Begründungen für die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen, gibt es allerdings auch weitere Mechanismen, die patriarchale Strukturen fördern. Konkrete Beispiele dafür sind, auch sexuell konnotierte Bemerkungen und Sprüche über das Aussehen von Frauen, eine Reduktion auf körperliche Merkmale und das Nicht-Ernstnehmen aufgrund des Frau*-Seins.

Die SPD und die Jusos haben eine großartige feministische Tradition. Wesentliche frauen*politische Fortschritte in Deutschland und Europa sind auf Initiative und Streben der Sozialdemokratie zu Stande gekommen. Das Frauenwahlrecht (1918), Berufswahlfreiheit (1977) und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind nur manche von diesen Fortschritten. In den letzten Jahren haben viele Frauen* es zu wichtigen Positionen wie Ministerpräsident*innen, Bundesminister*innen und Staatssekretär*innen gebracht. Trotzdem lässt sich auch die SPD nicht völlig loslösen von den diskriminierenden Strukturen in unserer Gesellschaft.

In unseren eigenen Strukturen sind wir noch weit davon entfernt gleichberechtigt zu sein. Der strukturelle Sexismus zeigt sich am deutlichsten in den nach wie vor häufig männlich dominierten Vorständen und insbesondere Vorsitzendenposten. Die gesellschaftlichen Strukturen, die in der gesamten Gesellschaft Sexisten schützen, finden sich auch in der Sozialdemokratie und bei den Jusos wieder. Männer stützen und schützen sich regelmäßig bei ihrem Fortkommen in der Partei, vor allem gegenüber den Ambitionen von Frauen*, aber auch bei Vorwürfen von Sexismus und Diskriminierung.

Diesen Strukturen ist es geschuldet, dass regelmäßig Täter sexistischen oder übergriffigen Verhaltens in Positionen mit deutlich mehr Macht sind als ihre Opfer. Täter haben in der Regel mehr Macht als Opfer von Sexismus und Diskriminierung.

Gleichzeitig hat auch die Sozialdemokratie in letzter Zeit bewiesen, gegen Menschenfeindlichkeit angehen zu können. So gab es beispielsweise im Rahmen der Landtagswahlen 2016 in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt die Kampagne "Deine Stimme für Vernunft" gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Kampagnen wie diese begrüßen wir ausdrücklich, es gilt aber auch genauso energisch gegen andere Formen der Menschenfeindlichkeit vorzugehen.

Es zeigt sich, dass besonders innerhalb der Partei immer noch eine deutlich größere Toleranz für Sexismus besteht als das für Rassismus der Fall ist. Während der Kampf gegen Rassismus auch nach außen hin offen beworben wird, bleibt das Problem Sexismus unbenannt. Überhaupt besteht in der Partei wenig Kenntnis darüber, was Sexismus ist.

Innerhalb unserer Strukturen gibt es erhebliche Hürden in der Bekämpfung sexistischer Vorfälle. In der Vergangenheit mussten wir immer wieder eine systematische Verdeckungsstrategie beobachten.

Konkret zeigt sich das wie folgt:

1. Die patriarchalen Machtstrukturen und insbesondere Machtgefälle zugunsten von Männern sorgen immer wieder dafür, dass sexistische Vorfälle und übergriffiges Verhalten nicht thematisiert werden. Gleichzeitig sind es gerade diese Machtstrukturen, die Sexismus in Verband und Partei ermöglichen, indem Menschen, die Macht haben, ihre Position ausnutzen. Indem Menschen ihren politischen Einfluss nutzen, nicht, um den Verband oder die richtigen Inhalte voranzubringen, sondern ihr eigenes sexistisches Verhalten zu ermöglichen oder hinterher zu verdecken. Gerade exponenzierte Positionen, die in der Regel mit besonders viel politischem Einfluss einhergehen, führen dazu, dass Täter sich besonders gut schützen können. Mit Einfluss wird Schweigen erkaufte.
2. Eine Reaktion auf oder Thematisierung sexistischer Vorfälle findet im Prinzip nicht statt.
3. In Fällen, in welchen eine Thematisierung von Sexismus und sexistischen Vorfällen stattfindet, passiert dies allzu häufig nur, um der Debatte um den konkreten Vorfall ein Ende zu setzen.
4. Opfer sexistischer Vorfälle und Übergriffe werden deutlich später und zögerlicher wieder in die Verbandsstrukturen integriert als die jeweiligen Täter. Zu oft erfahren überhaupt nur die Opfer, die einen solchen Vorfall anprangern, einen Bruch in ihrem Umfeld.
5. Durch die fortwährende Konfrontation der Opfer mit ihren Tätern und damit auch den Vorfällen werden diese retraumatisiert und haben oft keine Wahl als sich aus ihrem politischen Umfeld zurückzuziehen um dem zu entgehen.
6. Gerade wo Sexismus innerhalb unseres Verbands aufgedeckt und angesprochen wird, dienen leider viel zu häufig politische Intrige und Machtkalkül als Erklärung gegenüber den erhobenen Vorwürfen. Anstatt einer kritischen Reflexion des angeprangerten Verhaltens und einer Aufarbeitung des Vorfalls wird der Täter verteidigt vor dem vermeintlichen Angriff auf seine politische Position. Die Thematisierung von Sexismus gerät damit in den Verruf einer politischen Waffe.

7. Schließlich wird Sexismus in der Partei als Juso-spezifisches Problem dargestellt. Wenn innerhalb der Jusos Sexismus und übergriffiges Verhalten deutlich häufiger Thema sind als in der Partei, ist das keineswegs ein Zeichen dafür, dass nur die Jusos ein Sexismus-Problem hätten. Es ist vielmehr Ausdruck unseres feministischen Grundsatzes, dass wir uns kontinuierlich – wenn auch noch viel zu selten – bemühen Sexismus aufzudecken. Während die Partei in der Aufarbeitung von Sexismus noch deutlich größeren Nachholbedarf hat, wird dieser leider ausgeblendet und stattdessen das Problem sexistischer Vorfälle allein bei den Jusos verortet.

Typischerweise wird Feminismus innerhalb unseres Verbandes und vielmehr noch innerhalb unsere Partei als „Frauenthema“ verstanden, von dem Männer wenig verstehen würden und sich noch weniger damit auseinander zu setzen brauchen. Damit gerät die Verwirklichung von Feminismus als themenübergreifendes Anliegen oft in den Hintergrund. Ein konkretes Beispiel ist die fehlende allgemeinpolitische Betrachtung feministischer Anliegen. Feministisch geprägte Anträge zu verschiedenen inhaltlichen Bereichen, wie etwa Arbeits- oder Gesundheitspolitik, werden nur unter dem feministischen Hintergrund betrachtet und nicht unter den fachpolitischen Forderungen diskutiert.

Eine nach wie vor vorherrschende stereotype Erwartungshaltung an das jeweilige Geschlecht lässt sich auch in der Wahrnehmung von Menschen bei ihrer politischen Arbeit feststellen. Als typisch männlich konnotierte Verhaltensweisen werden bei Männern meistens respektiert und sogar honoriert. Zeigen dagegen Frauen* ein solches Verhalten oder eignen sie sich die gleichen Verhaltensmuster an, um gegenüber ihren männlichen Peers nicht zurückzustehen, wird ihr Gebaren schnell als dominant oder zickig abgetan.

Wir sind trotz allem Bemühen um Emanzipation auch Produkte unserer Gesellschaft. Die gesellschaftliche Sozialisierung von Frauen* führt regelmäßig zu Unsicherheiten im Streben der Frauen* nach Selbstverwirklichung. Um Gleichberechtigung zu verwirklichen, brauchen wir daher andere Maßnahmen und Werkzeuge um Frauen* zu ermöglichen, ihr Potential auszuschöpfen. Viel zu selten erhalten Frauen* Unterstützung, Bestärkung und Zuspruch, wenn sie Verantwortung in unserer Partei und unserem Verband übernehmen. Wo Männer sich vor allem untereinander stützen, fehlt den Frauen* dieser Rückhalt oftmals.

Anstelle von Unterstützung wird auf Frauen* gerade in der Partei eher Druck ausgeübt: Angesichts der geringeren Zahl aktiver Frauen* und verpflichtender Quoten wird von Frauen* erwartet, ihnen angetragene Ämter unabhängig von persönlichem Interesse und individueller Leistungsfähigkeit zu übernehmen. Die Quote wird zur biologischen Verpflichtung. Diese Nötigung der Frauen*, Posten zu übernehmen, mag von Männern als Unterstützung fehlinterpretiert werden. Tatsächlich werden Frauen* gerade dadurch zu Quotenfrauen* reduziert und es wird ihnen die Fähigkeit zu selbstbestimmten Entscheidungen über Art und Umfang ihres Engagements abgesprochen. Tatsächlich sind es gerade die weniger einflussreichen Ämter, auf die Frauen* der Quote halber gedrängt werden. Weder der Spitzenplatz einer Liste noch der Vorsitzendenposten werden meist quotiert! Als Ergebnis werden Frauen* zu häufig mit Ämtern überladen, deren Verpflichtungen und Arbeitsaufwand sie sich nicht mehr ausreichend gewachsen fühlen oder die sie zumindest effektiv davon abhalten, sich aktiv um höhere Posten zu bemühen.

Diese Zustände finden wir unerträglich!

Als feministischer Richtungsverband kann diese Situation für uns nicht akzeptabel sein. In der gesamten Geschichte der Sozialdemokratie und der gesamten sozialistischen Bewegung war die Bekämpfung patriarchaler Machtstrukturen immer ein zentrales Anliegen. Es darf uns daher nicht egal sein, wenn diese Machtstrukturen innerhalb unserer Partei und unseres Verbandes reproduziert werden.

Unsere Forderungen

Die derzeitige Situation ist für uns nicht mehr hinnehmbar. Als feministischer Richtungsverband werden wir konkret bei der Bekämpfung von Sexismus.

Konsequentes Verhalten

1. Sexistische Vorfälle thematisieren. Frühzeitig. Offen. Konsequent.

Ein zentraler Bestandteil stellt für uns die Benennung von sexistischen Vorfällen dar. Wir sehen es in unserer politischen Verantwortung, uns mit sexistischen Vorfällen auseinanderzusetzen. Wir lehnen es ab, irgendwelche Vorfälle unter den Teppich zu kehren. Für uns ist klar: sexistisches Verhalten bleibt immer ungesühnt wenn es nicht ans Licht gebracht wird.

2. Bewusstsein schaffen.

Wir wollen ein Bewusstsein, was sexistische Grenzüberschreitungen sind, was sie darstellen und was sie bedeuten, schaffen. Nur Funktionsträger*innen, die Sexismus und sexistische Verhaltensweisen erkennen, können auch dagegen vorgehen. Alle Gremien sollten einen Teil ihrer politischen Arbeit dazu aufwenden, dieses Bewusstsein zu schaffen.

3. Alle müssen feministisch sein.

Feminismus muss ein Thema für alle im Verband sein. Dies gilt umso mehr für die Menschen, die Verantwortung in unserem Verband tragen. Feminismus darf dabei kein Thema sein, dass nur Frauen* betrifft. Die Überwindung des Patriarchats kann nur durch gemeinsame Anstrengung erreicht werden. Von echter Gleichberechtigung profitiert die gesamte Gesellschaft, sie führt zu besserem sozialem Ausgleich, ökonomischem Erfolg und mehr individueller Freiheit. Deshalb brauchen wir auch und gerade von Männern nicht nur Lippenbekenntnisse zu feministischen Forderungen, sondern echte Feministen. Feminismus betrifft alle.

4. Null-Toleranz.

Als Feminist*innen machen wir uns für eine Null-Toleranz-Grenze in der SPD und bei den Jusos stark was sexistische Vorfälle angeht.

5. Courage zeigen.

Es reicht nicht aus, nur ein Bewusstsein zu schaffen. Alle Funktionsträger*innen müssen auch selber aktiv werden in der Bekämpfung von Sexismus und sexistischen Vorfällen. Jede Form von Sexismus fordert couragiertes Eingreifen, insbesondere von Menschen in Funktion.

Verhalten bei Vorfällen sexualisierter Gewalt

Sexualisierte Gewalt ist ein Problem in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es immer wieder erhebliche Probleme im Umgang mit konkreten Fällen. Als politischer Verband müssen wir aber die Grundlagen politischen Handelns schaffen im Umgang mit solchen Vorfällen.

1. Opferdefinitionsrecht anerkennen.

Den Betroffenen von sexualisierter Gewalt muss grundsätzlich das Recht zukommen zu definieren, was sexualisierte Gewalt ist. Anstatt hier auf objektive Kriterien zu beharren um Vorfälle klein zu reden oder gar Betroffene unter Generalverdacht falscher Anschuldigungen und Übertreibungen zu stellen, muss gerade das subjektive Erleben der Betroffenen für uns ausschlaggebend sein.

2. Freiräume schaffen und schützen.

Um Opfer von sexualisierter Gewalt auch weiterhin Beteiligungsmöglichkeiten zu geben, müssen für diese Freiräume geschaffen und geschützt werden. Opfer dürfen nicht gezwungen sein, sich aus ihrer politischen Arbeit zurückzuziehen, um ein Aufeinandertreffen mit dem Täter zu umgehen.

3. Beratung wahrnehmen.

Um das Defizit der Partei im Umgang mit Sexismusvorfällen zu beheben, sollte die Partei auch externe professionelle Beratung dazu in Anspruch nehmen. Die Partei braucht ein Konzept für den Umgang mit Sexismus und muss vor allem ihre Funktionär*innen dazu schulen.

4. Täter aus Funktionen entfernen.

Wenn erforderlich müssen wir partei- und verbandsinterne Machtstrukturen auch dazu nutzen, Täter aus ihren Funktionen zu entfernen um dem bestehenden Machtgefälle entgegen zu wirken.

Strukturen verändern

Gleichzeitig muss auch jenseits von einzelnen Situationen Sorge getragen werden, dass unsere Strukturen sich dahingehend verändern, dass Frauen* bemächtigt werden, mehr Verantwortung für sich selber übernehmen zu können.

1. Frauen* kämpfen für Frauen*.

Frauen* sind zunächst einmal selber in der Verantwortung, andere Frauen in Verantwortung zu stützen und schützen, um ihnen Rückhalt in ihrer Position zu geben. Frauen*solidarität ist für uns zentraler Bestandteil von Frauen*vernetzung und Feminismus. Wir wollen Strukturen aufbrechen in denen Frauen auf Grund ihrer Sozialisation in Konkurrenz zueinander stehen und ein solidarisches Streben nach der Überwindung des Patriarchat fördern.

2. Empowerment von Frauen*. Bis in Spitzen.

Wir müssen Frauen* in unserem Verband und unserer Partei gezielt stärken. Damit wollen wir ihnen nicht nur die Fähigkeiten zu höheren Positionen und verantwortungsvolleren Aufgaben an die Hand geben, sondern sie vor allem dazu ermutigen, diese Aufgaben auch anzustreben und damit ihr Potential auszuschöpfen. Empowerment muss daher Aufgabe der Vorstände und insbesondere der Vorsitzenden sein. Es sollte unabdingbares Qualitätsmerkmal für eineN Vorsitzenden sein, aktiv Frauen*-Empowerment zu betreiben und damit Frauen* zu fördern und zu bestärken.

3. Leistungsdruck verringern. Grenzen des Ehrenamtes anerkennen.

Durch verschiedene strukturelle Elemente der Jusos und der SPD sind Frauen* überdurchschnittlich häufig von Mehrfachmandaten belastet. Dass Frauen* in Verband und Partei zahlenmäßig unterrepräsentiert sind darf nicht dazu führen, diese zwecks Erfüllung von Quoten mit Ämter zu überlasten. Ehrenamtliches Engagement hat seine Grenzen, und diese zu erkennen ist unsere gemeinsame Verantwortung.

4. Frauen*quote und quotierte Redelisten.

Das Bekenntnis zur Frauen*quote für sämtliche Vorstände, Delegationen, Listen und andere Posten muss außer Frage stehen. Daneben sind quotierte Redelisten unabdingbares Instrument, um rein männliche Redesituationen zu verhindern und männlich dominantes Redeverhalten zu einzudämmen.

5. Awareness-Teams und -konzept.

Um Sexismus effektiv entgegenzuwirken, um sexistisches Verhalten aufzuzeigen und zu bekämpfen, brauchen wir ein Awareness-Konzept. Es muss für sämtliche Veranstaltungsformen Awareness-Teams geben, die nicht nur besonders aufmerksam für Sexismen jeder Art sind, sondern auch als Ansprechpartner*innen dienen und bei Vorfällen reagieren.

6. Lila Faden bei Veranstaltungen, Quotierung bei Referent*innen und Grußwörtern.

Feminismus betrifft alle Bereiche unseres Lebens, das muss sich auch in unserer konkreten politischen Arbeit widerspiegeln. Das Thema muss sich deshalb als lila Faden durch die Veranstaltungen ziehen. Gleichzeitig gehört dazu auch eine Quotierung sämtlicher Referent*innen und Grußwortredner*innen auf unseren Veranstaltungen.

Votum der Antragskommission:

Weiterleitung als Material an den SPD Unterbezirksvorstand mit der Maßgabe eine Veranstaltung durchzuführen, die einen Maßnahmenkatalog entwickeln soll.

8.13. Antrag A13 – Durchsetzung des Elternwillens IGS

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Bildung im Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Durchsetzung des Elternwillens zur Beschulung ihrer Kinder an einem IGS Systemen

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Fraktionen aus Stadt und Landkreis werden aufgefordert, die IGS Plätze zur Beschulung im Stadt und Kreisgebiet auszuweiten. Nur mit mehr IGS Plätzen kann der Eltern- und auch Schülerwillen zur adäquaten Beschulung in dieser Region Umsetzung finden, dabei ist von Beginn an dafür zu sorgen, dass der Gymnasialanteil in dem System entsprechend der bisherigen Parität im Land entspricht, also etwa 50% entspricht.

Begründung:

Eltern können nur Sicherheit für ihre Wahl bekommen, wenn sie für ihre Kinder diese Einrichtungen der Schulform auch vorfinden!

Da in Hameln seit Gründung der ersten IGS ein Mangelangebot in dem Schulsegment nun über 10 Jahre besteht, sind die Fraktionen und der Hamelner Rat gefordert, den Zustand zu beenden, so dem Elternwillen Geltung zu verschaffen. Die IGS Hameln ist erfolgreich in ihrem Programm, sie hat sich ihren Platz erarbeitet mit allen Widerständen beharrlich aufgebaut unseren Dank sprechen wir dafür aus.

Eltern und dem System Raum zu geben ist nochmals erforderlich, wenn der Elternwille nach dem Scheitern am Gymnasium wirksam werden soll, sie umgeschult werden müssen. Eltern wollen ihr Kind an der IGS anmelden, es soll weiter alle Chancen auf einen Abiturabschluss und gymnasiales Lernen haben doch da sind alle Plätze belegt. Es bedarf in ausreichender Menge Schulen, die nach dem Konzept der IGS unterrichten: gemeinsam von Klasse 5-10 bzw. 13 die Organisation der Schulzeit ermöglichen und einen Abschluss nach entsprechend der individuellen Möglichkeiten an der Schule zu erreichen - ohne Angst vor Wiederholung, Abschlus und Schulwechsel haben zu müssen, was durch die Berichte zum Lernstand gegeben ist. Das ermöglicht Kids ein stressfreies Lernen, Eltern lässt es befreit zur Arbeit gehen, nimmt es Sorgen und Nöte vor Schulversagen und Ab- / Umschulung, damit ist die Vereinbarkeit zwischen Familien und Beruf wesentlich erleichtert! Die zweite Hürde bei der Umsetzung des Elternwillens ist mit einem größeren IGS Angebot ebenfalls genommen: jene bei einer Umschulung nach der Nichtbewältigung des Gymnasiums.

Eltern fragen häufig in der Situation bei der IGS an, doch die Kids können in Klasse 7/8/9 nicht aufgenommen werden. Sie müssen zur Realschule, zur KGS oder zu den Oberschulen gehen und um Aufnahme ihres Kindes dort bitten. Das geschieht in der genannten Reihenfolge an den Schulformen, doch eben auch hier ist die OBS letzte Wahl, doch Aufnahmezentrum, weil dort Plätze frei sind. Demnächst werden dann die OBSen und KGSen im Umkreis oder die Haupt- und Realschule in Emmerthal angeboten, da in Hm alle Plätze belegt sind. Doch all das ist nicht erste Wahl von Eltern.

Die ablehnende Haltung bei der Wahl der Oberschule durch die Bevölkerung ist zur Kenntnis und auch Ernst zu nehmen, auch wenn dort gute Arbeit geleistet wird. Doch die Chancen sind eben eingeschränkt, auch hier ist ein Wiederholen möglich, auch ein Abschulen in einen anderen Zweig, damit geringere Durchlässigkeit nach oben kaum gegeben, allerdings wird die Scham und eine längere Schulzeit bei Versagen geliefert. Das Peer learning kann mangels Masse guter Schüler kaum stattfinden. Kinder sollen Chancen bekommen. Lehrkräften und MitschülerInnen wird eine ständige Umorganisation der Klassen erspart, durch die gemeinsame Arbeit auch selbige erleichtert. Die Fraktionen werden gebeten, dabei auch die Nachhaltigkeit der Finanzen und des Gesundheitssystems der Stadt im Auge zu behalten. Die SPD Mitglieder fordern alle Bewohner der Stadt auf, die Umorganisation zu ermöglichen. Eine Fairnis bei der Umgestaltung muss von den bestehenden Schulformen zum Wohl aller zukünftigen EinwohnerInnen erbeten werden. Nur gemeinsam ist die Stadt stark, überwinden wir unsere schwierige und überfällige Schulplanung. Schaffen wir auch in unserem Landkreis ein Stück Europa durch eine integrative Beschulung, zu der sich alle Parteien mit der Zeichnung der UN Charta verpflichtet haben.

Votum der Antragskommission:

Weiterleitung als Material an die SPD Kreistagsfraktion sowie die SPD Stadtratsfraktionen Hameln und Bad Pyrmont

8.14. Antrag A14 – Kinderrechte ins Grundgesetz

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Bildung im Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Kinderrechte im Grundgesetz verankern

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD Unterbezirksparteitag setzt sich dafür ein, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. *Dabei ist die UN Konvention über die Rechte des Kindes zu beachten.*

Begründung:

Sind die Grundrechte von Kindern im GG verbrieft, müssen sie entsprechend Durchsetzung, Betreuung und Kontrolle erfahren, wozu auch entsprechende Finanzen für Personalausstattung verbunden ist.

Hier muss der Staat entsprechend den Erfordernissen verbindlich Handeln können das darf keine freiwillige Leistung sein.

Gerade die Vorkommnisse in der Kindswohlgefährdung in unserer Region lassen die gesetzliche Verankerung zwingend notwendig erscheinen. Lügde und Hameln-Pyrmont könnte - wie eine Landtagsabgeordnete anmerkte- überall sein.

Votum der Antragskommission:

Annahme in geänderter (*kursiv und unterstrichen*) Form

8.15. Antrag A15 – Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten abschaffen

Antragsteller: SPD Ortsverein Bad Münder Deister-Süntel

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten abschaffen

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich bei der Gesetzgebung dahingehend einzusetzen, dass für Bezieher von Betriebsrenten die volle Beitragspflicht (Arbeitnehmeranteil und Arbeitgeberanteil) zur Kranken- und Pflegeversicherung wegfällt und wie bei der gesetzlichen Rente nur der Arbeitnehmeranteil zu entrichten ist.

Begründung:

Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind in der Vergangenheit animiert worden, sich zusätzlich zur gesetzlichen Rente im Rahmen einer Betriebsrente (Entgeltumwandlung/Riester-Rente) für das Alter abzusichern. Hintergrund war die Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus. Die doppelte Beitragspflicht zur Krankenversicherung wurde 2004 eingeführt und betrifft auch Altverträge vor 2004. Die doppelte Beitragspflicht ist sozial ungerecht und kürzt überproportional die angesparte Betriebsrente für Kleinverdiener.

Votum der Antragskommission:

Annahme und Weiterleitung an den Bezirksparteitag und die SPD Bundestagsfraktion

8.16. Antrag A16 – verbesserte Kommunikation

Antragsteller: SPD Ortsverein Bad Münder Deister-Süntel

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Hameln-Pyrmont

verbesserte Kommunikation

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, sich auf allen Ebenen der SPD für eine verbesserte und abgestimmte Kommunikation mit den Mitgliedern unserer Partei einzusetzen.

Begründung:

Die Mitglieder unserer Partei werden unregelmäßig und unabgestimmt, oft auch zeitgleich, von verschiedenen Funktionsträgern und Gremien unserer Partei per E-Mail angeschrieben. Sie wirken oft wie Spam-Mails und werden leider teilweise entsprechend behandelt. Ein gezielter abgestimmter Informationsfluss und ein verbesserter Wiedererkennungswert könnten dazu beitragen, dass unsere Mitglieder den informellen Austausch intensiver im Alltag nutzen. Beispielsweise könnten Veröffentlichungen der Landespartei und unserer Abgeordneten unter einem einheitlichen Layout zusammen gefasst und zum gleichen Datum als Email versendet werden.

Votum der Antragskommission:

Weiterleitung an die organisationspolitische Kommission des SPD Parteivorstandes